



Das Nationale dominierte das Europäische

DIE ANKURBELUNG DER EU-WAHLEN DURCH SPITZENKANDIDATEN HAT NUR EINGESCHRÄNKT FUNKTIONIERT. DIE LEGITIMITÄT LITT DURCH DIE MÖGLICHKEIT FÜR DOPPELSTAATSBÜRGER, AUCH ZWEI MAL ZU WÄHLEN. AUSSERDEM ÜBERLAGERTEN NATIONALE MOTIVE DAS EUROPÄISCHE.

VON GERHARD FELTL

Jeder dritte Sitz im neu gewählten EU-Parlament geht an rechtspopulistische und radikale Parteien. Das Ergebnis in Frankreich und Großbritannien wird allgemein als „politisches Erdbeben“ bezeichnet. In Italien kamen Beppe Grillo mit seiner Bewegung „Fünf Sterne“ und die ausländerfeindliche Lega Nord zusammen auf mehr als 30 Prozent der Stimmen. Hier zeichnen sich Bruchlinien innerhalb der EU ab – mit deutlichen Auswirkungen auf die politische Landschaft in den Mitgliedsländern selbst.

Die Gründe dafür sind vielfältig: Persönliche Betroffenheit durch die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre. Generelles Unbehagen an der Globalisierung sowie Angst vor Überfremdung. Furcht vor Verschlechterung der individuellen Lebensverhältnisse. Sorge um den Verlust politischer Souveränität und nationaler Identität. Ärger über die tatsächliche oder vermeintliche Regierungswut in Brüssel. Frustration über undurchschaubare oder unzureichend

begründete Entscheidungen der EU-Bürokratie inklusive Geldverschwendung in Brüssel und Straßburg. Ohnmacht gegenüber hemmungslosem Lobbyismus und rücksichtsloser Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen. Gravierende Normenverletzungen durch die EU wie Missachtung der Aufnahmekriterien für neue Mitgliedsländer, Bruch der Maastricht-Vereinbarung oder der No-Bailout-Erklärung. Unzureichende Begründung der Haftungsübernahme für Schuldnerländer, massives Lobbying für Transaktionssteuer und Transferleistungen die sich im EU-Durchschnitt auf weit über 30 Prozent belaufen, mit steigender Tendenz: Wie soll dies alles vor dem Hintergrund einer „aging population“ finanziert werden?

Unmut provoziert auch die Machtarroganz der Europäischen Zentralbank: Der Leitzinssatz wird nahe null gesetzt und Negativzinsen für die Einlagen der Banken bei der Euro-Notenbank eingeführt. Der Vorteil für die Regierenden: Je länger das Niedrigzins-Umfeld besteht, desto länger können sie sich um notwendige Reformen drücken. Dass diese finanzielle Repression die wirtschaftlich erfolgreichen Länder besonders trifft, ist offensichtlich kein unerwünschter Nebeneffekt der ausgeprägten Transfer-Ideologie.

Das europaweit verbreitete Unbehagen müsste als Weckruf für EU-Funktionäre dienen, das Wahlergebnis ernst zu nehmen und sich zu fragen, warum die „Berufseuropäer“ immer weniger Bürger für Europa begeistern können – weder die sich durch erzwungenen Sparkurs und Stabilitätspolitik unterjocht fühlenden Bürger in Südeuropa noch die sich durch die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank ausgebeutet fühlenden Bürger in Nordeuropa. Immerhin ist es durch die Rettungsmaßnahmen zu einer gigantischen Ausweitung der Gemeinschaftshaftung gekommen, ohne dass im Gegenzug wirksame Kontrollrechte geschaffen wurden.

Seit der Wahl werden im Europäischen Parlament hektisch neue Fraktionen gebildet, Allianzen geschmiedet, Wahlkapitulationen und Absprachen getroffen und gebrochen – ganz in der Tradition herkömmlicher innerstaatlicher Machtpolitik. Das Antichambrieren verschiedener EU-Kommissare um eine weitere Funktionsperiode zeigt, wie weit verbreitet die Postenschacherei ist. Konflikte im Ringen um Macht und Einfluss zwischen dem Europäischen Rat mit seinen 28 Staats- und Regierungschefs und dem Parlament, das sich nicht länger mit einer Statistenrolle auf der Brüsseler und Straßburger Bühne abfinden will, sind somit vorprogrammiert.

Die Parole „Mehr Europa“ muss gegenüber den Bürgern der EU-Mitgliedsstaaten überzeugender als bisher begründet werden: Wenn etwa EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle jüngst in einem Zeitungsinterview der Ukraine,

Georgien und der Republik Moldau salopp eine Vollmitgliedschaft in der EU offerierte, dann stellt sich die grundsätzliche Frage, wer ihn zu einer solchen Ankündigungen autorisiert hat und ob er sich der Gefahr einer „Überdehnung“ der Europäischen Union inklusive der geopolitischen und finanziellen Auswirkungen tatsächlich bewusst ist.

Nach dem Weltkrieg glaubte man den nationalstaatlichen Eigensinn überwunden. In der Tat war und ist die Europäische Union vor jeder Wirtschaftsgemeinschaft eine Friedensgemeinschaft. Europa als Kontinent von Freiheit und Freizügigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität darf sich nicht ausschließlich über den Euro definieren – zudem gibt es in der EU neun Länder, die den Euro nicht haben. Als Folge der globalen Wirtschaftskrise und der dadurch auftretenden Ungleichgewichte und Spannungen sind nationalistische Tendenzen wieder verstärkt wahrnehmbar – eine „gesamteuropäische Identität“ ist in weite Ferne gerückt.

Die nachhaltige Kommunikation über Europa als großes Friedens- und Prosperitätsprojekt, nicht nur im Kontext von Wahlgängen, ist daher unverzichtbar. Das Europäische Parlament muss aufgewertet, seine demokratische Kontrolle über den Rat (mit seiner vielfach klandestinen „Kabinettpolitik“) und auch über die Kommission muss verstärkt werden. Die Anzahl der EU-Kommissare muss verringert und deren Arbeit im Sinne einer überprüfbaren Leistungsbeurteilung transparent gemacht werden.

Unter dem EU-Motto „In Vielfalt vereint“ ist insgesamt eine umfassende Neubewertung der Kompetenzen vorzunehmen und eine Balance zwischen den notwendigen supranationalen Aufgaben der Europäischen Union und einer wohlverstandenen Dezentralisierung, zum Teil auch Rückgabe von Entscheidungsbefugnissen an die nationalen, regionalen und örtlichen Parlamente zu finden. Der Kommission wird stärker als bisher bewusst werden müssen, dass der Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2009 eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips und der Identität von Regionen und Kommunen vorsieht – was von der EU engagierter und aktiver betrieben werden muss als bisher. In den nationalen und regionalen Parlamenten wiederum müssen europäische Themen intensiver behandelt und überzeugender als bisher erklärt bzw. begründet werden.



Gerhard Feltl, 67,
war ursprünglich Journalist, später Gesamt-
prokurist von IBM Österreich, Wahlkampf-
manager für Thomas Klestil 1992 und zuletzt
Geschäftsführer der Wiener Stadthalle

FRANZ VRANITZKY ÜBER GESCHICHTE
UND ZUKUNFT DER EU s. 29-38

Nr. 2/2014 Juni/Juli

PHOENIX



Herausgegeben von Gerfried Sperl

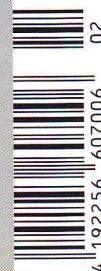
Zeitschrift über
politische Asche
und das Salz
der Diskussion



DER NEUE KALTE KRIEG

DEMOKRATIE VERSUS AUTOKRATIE

NAOMI WOLF
ÜBER KARRIEREBRÜCHE
BEI ERFOLGSFRAUEN



7,-